

Niedrigere Energiesteuern sind das Gebot der Stunde

Von Rainer Kirchdörfer

Angesichts des Leids in der Ukraine treten derzeit wirtschaftliche Fragen in den Hintergrund. Dennoch ist mehr Aufmerksamkeit für ein Thema notwendig, das die Familienunternehmen wie kaum ein zweites beschäftigt: die Energiepreise, die auch für Betriebe neue Höchstmarken erreichen. Wenn über die hohen Energiepreise gesprochen wird, dann oft als Folge des Kriegs. Dabei wird übersehen, dass die Rohstoffpreise seit Mitte 2021 stark klettern. Für viele Unternehmen stellt dies seit Jahren die größte wirtschaftliche Bedrohung dar. Nur vor dem Ukrainekrieg interessierte sich die Politik wenig dafür. Die gestiegenen Preise für Strom, Gas und Öl treffen die Familienunternehmen in der Breite. Besonders schlägt dies in energieintensiven Branchen wie zum Beispiel der Glasindustrie ins Kontor. Glasfabrikanten benötigen zur Produktion eine 1600 Grad heiße Glaswanne, die sich nicht einfach abstellen lässt. Die oberfränkischen Glashersteller Heinz-Glas, Wiegand-Glas, Gerresheimer Tettau und Röser haben ausgerechnet, was der Preisanstieg für sie bedeutet: bis 2020 haben diese vier Unternehmen für Energie zusammen jährlich 40 bis 50 Millionen Euro bezahlt. Ende Januar 2022 lag die Kalkulation für das laufende Jahr schon bei 260 Millionen Euro. Mit dem Ukrainekrieg sind es mehr als 400 Millionen Euro. In der Vergangenheit lag der Anteil der Energiekosten am Umsatz bei 10 bis 20 Prozent, jetzt ist es ein Mehrfaches. Eine Verzehnfachung der Preise – das lässt sich nicht durchhalten.

Auch für viele weitere Branchen sind die Energiepreise ein existenzielles Problem. So berichtet ein Fleischproduzent, dass allein die gestiegenen Energiekosten den gesamten Gewinn auffressen. Zu höheren Energiepreisen kommen noch andere Belastungen hinzu. Der Gesellschafter eines großen Autozulieferers mit mehr als 20 000 Beschäftigten bringt es auf den Punkt: „Uns brennt der Kittel.“ Das Unternehmen habe die Pandemie bewältigt,

kämpfe mit Lieferkettenproblemen, schultere die Kosten der ökologischen Transformation und werde nun mit explodierenden Energiepreisen konfrontiert. Das ist eine hochgefährliche Mischung.

Beim Thema Energie stehen Unternehmen doppelt unter Druck: Zum einen steigen die direkten Kosten bei Gas, Strom und Öl. Hinzu kommt, dass sich Vorprodukte durch höhere Rohstoffkosten ebenfalls massiv verteuern. Diese Kostenerhöhungen lassen sich vielfach nicht weitergeben. Die Auftragslage war

Die steigenden Energiekosten treffen Familienunternehmen in der Breite.

bis vor Ausbruch des Krieges gut, und viele Aufträge kamen in den vergangenen Monaten herein. Die Unternehmen arbeiten sie nun zu den alten Preisen ab. Das geht zulasten der Erträge. Existenzbedrohend ist die Situation für Familienunternehmen, die sich Energie nicht durch langfristige Verträge gesichert haben.

Zum Glück konnten viele Familienunternehmen Energielieferungen für mehrere Jahre absichern. Doch auch diese Unternehmen machen sich große Sorgen, ob ihr Energielieferant die vereinbarten Konditionen wirklich hält. Erste Pleiten von Versorgern hat es bereits gegeben. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung alles unternimmt, um Energieversorger zu stabilisieren. Doch früher oder später laufen die Verträge in allen Fällen aus, dann drohen drastische Verteuerungen. Die Probleme sind auch hausgemacht. In der Energiepolitik hat Deutschland dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Doch das wollte lange Zeit niemand wahrhaben. Auch die Familienunternehmen, die für ihre Standorttreue bekannt sind, mussten darauf reagieren,

indem sie energieintensive Fertigungsstätten ins günstigere Ausland verlegten. In Zeiten mit guter Konjunktur und guter Beschäftigungslage fiel das wenig auf. Wie stark Deutschland in der Energiepolitik abgeschlagen ist, zeigt das Standortbarometer Länderindex Familienunternehmen am Beispiel gewerblicher Strompreise: „Nach wie vor muss für die Kilowattstunde in Deutschland mehr als das Doppelte als in den Ländern mit den niedrigsten Stromkosten bezahlt werden“, stand schon im vergangenen Jahr in dem Gutachten. Die deutsche Politik hat diesen Entwicklungen tatenlos zugesehen. Vernachlässigt wurde auch die Energiesicherheit. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Wirtschaft unerlässlich. Die Unternehmen machen sich schon jetzt Sorgen, weil sie bei möglichen Engpässen am Ende der Hackordnung stehen. Kommt es zu Lieferausfällen, werden Privatleute und die kritische Infrastruktur vorrangig bedient. Auch für Unternehmen sollte eine Mindestversorgung festgeschrieben werden. Die Pandemie hat gezeigt, wie schnell sich kleine Störungen in Lieferketten ausweiten.

Was ist jetzt notwendig? Anstatt über neue staatliche Hilfsprogramme nachzudenken, sollte der Staat alle Möglichkeiten zur Entlastung der Unternehmen nutzen. Schnell umsetzen lassen sich eine Reduktion der Energiesteuern und der staatlichen Umlagen und Entgelte. Wir benötigen eine wirksame Energiepreisbremse. Den ersten Schritt ist die Bundesregierung mit der Abschaffung der EEG-Umlage gegangen. Doch das ist angesichts der drastischen Verteuerungen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die hohen staatlichen Belastungen auf Energie müssen auf breiter Front sinken. Die Bundesregierung sollte alle Möglichkeiten ausschöpfen. Ansonsten entsteht ernster Schaden für den Industriestandort Deutschland.

Rainer Kirchdörfer ist Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik.